

Sind Ruhegehälter für Regierungsmitglieder noch gerechtfertigt?

Nächste Woche entscheidet die Bündner Stimmbevölkerung über die Fallschirminitiative der SVP. Diese will die Ruhegehälter der ehemaligen Regierungsmitglieder abschaffen. Zur Abstimmung kommt auch die Gegeninitiative. Zwei Engadiner Grossräte nehmen Stellung.

NICOLO BASS

Mit der Volksinitiative «Schluss mit goldenem Fallschirm für Regierungsmitglieder – Nein zum lebenslangen Ruhegehalt» will die Bündner SVP die Ruhegehälter der Regierungsmitglieder von bis zu 115'000 Franken jährlich streichen. Diese Initiative wurde im März 2024 mit 4342 Unterschriften eingereicht. Der grosse Rat hat sich anlässlich der Junisession mit grosser Mehrheit für den Gegenvorschlag ausgesprochen und empfiehlt der Bündner Stimmbevölkerung, die SVP-Initiative abzulehnen. Der Gegenvorschlag sieht eine befristete Übergangslösung mit Entschädigungen für maximal drei Jahren vor.

Die «Engadiner Post/Posta Ladina» hat zwei Oberengadiner Grossräte zu den Ruhegehältern der Regierungsmitglieder befragt. Grossrat Stefan Metzger, Präsident der SVP Oberengadin/Bregaglia, setzt sich natürlich für die SVP-Initiative ein. Grossrätin Franziska Preisig, Co-Präsidentin der SP Maloja/Malögia unterstützt den Gegenvorschlag. In einem Punkt sind sich die beiden Grossräte sogar einig: Ein lebenslanges Ruhegehalt sei nicht mehr zeitgemäß.

Sind Ruhegehälter noch gerechtfertigt?

«Heute ist es völlig aus der Zeit gefallen, ehemaligen Regierungsräten ein Ruhegehalt von über 115'000 Franken jährlich, und das ein Leben lang, auszuzahlen», antwortet SVP-Grossrat Stefan Metzger. «Dieses System stammt aus einer alten Zeit, in der amtierende Regierungsmitglieder weder Pensionskasse noch realistische Berufsoptionen nach dem Amt hatten», erklärt er. Doch diese Zeiten seien vorbei: «Regierungsräte verdienen mehr als 270'000 Franken im Jahr, sind erstklassig versichert und kaum jemand dürfte Mühe haben, nach der Amtszeit eine lukrative Stelle oder Mandate zu finden. Wer behaupt-



Damals hatten die Regierungsräte noch gut lachen (von links): Peter Peyer, Mario Cavigelli, Christian Rathgeb, Marcus Caduff und Jon Domenic Parolini. Von der Regierung des Jahres 2020 sind drei noch im Amt. Foto: Kanton GR

tet, er brauche nach so einem Salär und mit so einem Netzwerk noch lebenslange Extrazahlungen, lebt an der Realität vorbei – solche Privilegien sind dem hart arbeitenden Steuerzahler schlicht nicht mehr zu vermitteln.»

Auch für die SP-Grossrätin Franziska Preisig sind lebenslange Ruhegehälter tatsächlich nicht mehr zeitgemäß. «Hingegen ist für ehemalige Bündner Regierungsmitglieder eine angemessene, befristete Überbrückungsleistung von maximal drei Jahren notwendig und fair», antwortet Franziska Preisig. Denn Graubünden habe schweizweit die strengste Amtsdauerbeschränkung, nämlich maximal zwölf Jahre. «Ohne faire Übergangsregelung wird die stren-

«Jetzt ist der Moment, veraltete Extras in der Politik abzuschaffen»

SVP-Grossrat Stefan Metzger

ge Grenze von zwölf Jahren zu einer unnötigen Zusatzbelastung und trifft Regierungsmitglieder unverhältnismässig hart.» Für Preisig tragen Regierungsmitglieder eine sehr hohe Verantwortung und stehen unter starker zeitlicher Belastung. Ohne Überbrückungsleistung müssten sie schon während der Amtszeit neue Jobs suchen. «Das schwächt ihre Unabhängigkeit und öffnet Interessenkonflikten Tür und Tor. Spätestens nach der dreijährigen Überbrückung

müssen sich ehemalige Regierungsmitglieder wie alle anderen wieder auf dem Arbeitsmarkt behaupten.»

Was spricht für und was gegen die SVP-Initiative «Schluss mit goldenem Fallschirm»?

Für Stefan Metzger sind die Argumente für die Initiative sonnenklar: «Wer zu den Bestverdienern gehörte, kann – wie alle anderen auch – für die eigene Vorsorge aufkommen. Für Regierungsräte dürfen keine Sonderregeln mehr gelten. Gute Löhne – ja; lebenslange Privilegien für Nichtstun – nein. Die Initiative schafft das Ruhegehalt restlos ab – keine Tricks, keine taktischen Kompromisse.» Gemäss Stefan Metzger spart die Abschaffung der Ruhegehälter der Kantonskasse jedes Jahr 1,3 Millionen Franken. «Dieses Geld gehört zurück an die Menschen und nicht in die Taschen ehemaliger Politiker», so der SVP-Grossrat. Für Stefan Metzger stimmt es nicht, dass es – wie im Grossen Rat und von der Regierung behauptet – schwieriger sei, gute Leute fürs Amt zu gewinnen, wenn kein Ruhegehalt lockt. «Wer glaubt, dass öffentliche Spitzenämter nur mit lebenslangen Sonderzahlungen attraktiv sind, unterschätzt das Engagement und die Motivation unserer Polit-Talente gewaltig.»

Franziska Preisig stellt fest, dass die Initiative zwar verlockend klingt: «In Wahrheit ist sie äusserst unausgewogen und kurzsichtig.» Die Initiative wolle nämlich das Ruhegehalt vollständig abschaffen – ohne jegliche Übergangsregelung. Gemäss Preisig mit schwerwiegenden Konsequenzen:

«Regierungsmitglieder müssen bereits während ihrer Amtszeit eine berufliche Folgelösung suchen. Das lenkt nicht

«Der Gegenvorschlag ist ausgewogen, zeitgemäß und fair»

SP-Grossrätin Franziska Preisig

nur von der Regierungstätigkeit ab, sondern schwächt die Unabhängigkeit der Regierung und fördert die Interessenkonflikte zum Nachteil für alle Bündnerinnen und Bündner. Die SP-Grossrätin ist vom Gegenvorschlag überzeugt: «Dieser wird vom Grossen Rat und breit über die Parteien hinweg getragen. Mit Ausnahme der SVP lehnen alle Parteien die Initiative klar ab und unterstützen den Gegenvorschlag.»

Was spricht für und was gegen den Gegenvorschlag?

Wie Franziska Preisig mitteilt, schafft der Gegenvorschlag das alte System ebenfalls ab und ersetzt es durch eine angemessene, befristete Überbrückungsleistung von maximal drei Jahren. «Diese stellt sicher, dass das Regierungsamt auch künftig für geeignete Persönlichkeiten attraktiv bleibt, ohne lebenslange Privilegien zu gewähren. Gleichzeitig bleibt die Unabhängigkeit gewahrt – im Interesse eines starken, handlungsfähigen Kantons Graubünden.»

den.» Sie ist überzeugt, dass ohne faire Übergangsregelung das Regierungsamt an Attraktivität verlieren würde. Geeignete Persönlichkeiten würden für das anspruchsvolle Amt nicht mehr zur Verfügung stehen. «Der Gegenvorschlag schafft eine Balance ohne Privilegien für qualifizierte Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Gesellschaft.» Zudem sei der Gegenvorschlag praktisch kostenneutral, schaffe aber im Gegensatz zur extremen Initiative klare Vorteile: «Er garantiert eine unabhängige und kompetente Regierung.»

Für Stefan Metzger ist das Nein zum Gegenvorschlag ein Muss. «Er ist ein typischer Kompromiss der Politik: Man streicht das Ruhegehalt nicht ganz, sondern verlängert die Sonderzahlungen über drei Jahre. Damit bleibt das Grundproblem – Politiker-Privilegien auf Kosten der Allgemeinheit – weiter bestehen.» Für den SVP-Grossrat wird der Gegenvorschlag genau von jenen Parteien gestützt, die weiterhin an alten Mustern festhalten wollen. Die Argumente der Gegner seien altbekannt: Eine Übergangszeit für «Unabhängigkeit» und eine «wirtschaftliche Absicherung». «Aber Hand aufs Herz: Wer in Graubünden Regierungsrat oder Regierungsrätin war, wird nicht arbeitslos enden», sagt Stefan Metzger. Führ ihn ist diese Übergangsrente nichts anderes als ein goldener Handschlag light. «Und damit kein Fortschritt, sondern ein Festhalten am alten Privilegiensystem.»

Abstimmungsempfehlungen von Stefan Metzger und Franziska Preisig

«Es braucht ein Ja zur Initiative und ein Nein zum Gegenvorschlag», sagt Stefan Metzger klar und deutlich. «Jetzt ist der Moment, veraltete Extras in der Politik abzuschaffen», ergänzt er. Regierungsmitglieder sollen gut verdienen – aber nach dem Amt auf eigenen Füßen stehen, wie alle anderen auch. «Setzen wir ein klares Zeichen zur Abschaffung dieser Privilegien», sagt Stefan Metzger abschliessend.

Franziska Preisig lehnt die Volksinitiative der SVP ab und sagt Ja zum Gegenvorschlag. Die Volksinitiative schade der Attraktivität und der Unabhängigkeit des Regierungsamtes. «Der Gegenvorschlag hingegen ist ausgewogen, zeitgemäß und fair», sagt die SP-Grossrätin und ergänzt: «Eine auf drei Jahre befristete Überbrückungsleistung für Regierungsmitglieder muss uns deren Unabhängigkeit während ihrer gesamten Amtszeit wert sein.»

Leserforum

Engadin ohne Spital – keine Zukunft

Bei akuten medizinischen Problemen zählt jede Minute. Warum im Engadin auf ein Akutspital verzichtet werden sollte, bleibt unverständlich – es ist für Leben, Sicherheit und Tourismus unverzichtbar.

Mein Partner und ich verbringen seit Jahren unsere Ferien im Engadin. Vor drei Jahren jedoch wurde ein Wintertag, den wir nach seiner Pensionierung geniessen wollten, abrupt unterbrochen: In der Hotelsauna erlitt er plötzlich einen Krampfanfall und brach bewusstlos zusammen. Als Intensivpflegeexpertin konnte ich Erste Hilfe leisten, doch uns war klar, dass etwas Ernstes dahinterstecken musste. Wegen leichter Bauchschmerzen und des Kreislaufkollapses fuhren wir sofort ins Spital Samedan.

Dort reagierte das Team umgehend: Infusion, Blutentnahme und ein rasches CT bestätigten unsere Vermutung – eine Dickdarmperforation, ein lebensbedrohlicher Notfall. Es folgten Antibiotika, Intensivüberwachung und eine sofortige Operation, denn ohne Eingriff drohten Sepsis und Organversagen. Während der Nacht wurde der Bauch gespült und ein grösseres Darmstück entfernt. Am nächsten Morgen erklärten die Ärzte, dass die frühe Diagnose und Behandlung entscheidend für sein Überleben waren.

Ohne das Spital Samedan – besonders bei schlechtem Wetter, wenn kein Helikopter fliegen kann – hätte mein Partner kaum überlebt. Ein Akutspital ist im Engadin unabdingbar: für Notfälle, Geburten, Dialysepatienten so-

wie für die zahlreichen Touristen. Allein St. Moritz verzeichnet bis zu 140'000 Gäste im Sommer und 110'000 im Winter. Die Klinik Gut ist hervorragend für planbare Eingriffe, aber nicht für lebensbedrohliche Notfälle geeignet.

Mein Partner benötigte noch eine zweite Operation, konnte sich jedoch dank der schnellen und professionellen Behandlung vollständig erholen. Dieses Erlebnis hat mir erneut gezeigt, wie lebenswichtig ein regionales Akutspital ist. Darum habe ich mich für eine Saisonstelle im Winter 2025/2026 auf der Intensivstation des Spitals Samedan beworben. Ein Engadin ohne Spital bedeutet keine sichere Zukunft – weder für die Bevölkerung noch für den Tourismus. Karin Graf-Herde, Aarau

Behalten wir die Oberstufe in St. Moritz

«Wir wollen für die Bildung unserer Schülerinnen und Schüler nur das Allerbeste!» Diese Aussage wurde von den Gegnern der Initiative an der Gemeinderatssitzung immer wieder erwähnt, und so entstand der Eindruck, dass künftig einzige und alleine eine Schulbildung in einem Oberstufen-Schulverband infrage komme. Auch wurde wiederholt gesagt, dass die Oberstufe St. Moritz aktuell sehr gut funktioniere. Die Anhänger der Initiative stellen die Schülerinnen und Schüler natürlich ebenfalls ins Zentrum und wollen, dass unsere St. Moritzer Oberstufenkinder nur die allerbeste Ausbildung erhalten.

Wenn es bei uns so gut funktioniert, weshalb sollen dann unsere Kinder in einem anderen Dorf beschult werden? Eine gute Schulgrösse ist entscheidend für eine positive Lernumgebung. St. Moritz verfügt über eine ideale Schulgrösse. Die sprachlichen Gegebenheiten im Engadin erfordern in einer

regionalen Oberstufe die Einrichtung von zwei verschiedenen Abteilungen: Deutsch für St. Moritzer Kinder und Deutsch/Romanisch für die Kinder aus anderen

Gemeinden. Entsprechend ist das Potenzial für Synergien viel kleiner als behauptet.

Ich sehe keinen Sinn darin, ca. 100 St. Moritzer Schülerinnen und Schüler nach Samedan pendeln zu lassen. Wir haben die höchste Schülerzahl im Oberengadin. Auch schätze ich es sehr, dass meine Kinder ihr Mittagessen zu Hause einnehmen können.

Ich bin überzeugt, dass die Beibehaltung der Oberstufe in St. Moritz die beste Lösung für unsere Gemeinde und für unsere Jugendlichen ist. Die Jugend ist unsere Zukunft und soll im Dorf bleiben. Sagen wir Ja zur Initiative und Nein zum Gegenvorschlag, zugunsten unserer Schülerinnen und Schülern und deren Zukunft.

Tina Cortesi-Degiacomi, St. Moritz

Für regionale Berichte ist die Redaktion dankbar.

redaktion@engadinerpost.ch